

**Sitzung des Rates der Gemeinde Everswinkel
am 20.12.2016
Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2017
Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion
Peter Friedrich**

1. Begrüßung

Herr Bürgermeister Seidel,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mark Twain hat einmal gesagt:

„Eine gute Rede hat einen guten Anfang und ein gutes Ende – und beide sollten möglichst dicht beieinander liegen!“ Ich hoffe, dass mir das gelungen ist und Sie sich nicht langweilen müssen.

2. Finanzielle Situation der Gemeinde Everswinkel

Die Haushaltssituation der Gemeinde Everswinkel ist aus unserer Sicht Besorgnis erregend. Wir haben **kein** Geld mehr auf dem Spargbuch, wir müssen die allgemeine Rücklage „anknabbern“ und das bedeutet, dass Jahr für Jahr unser Eigenkapital wie die Gletscher in den Alpen **schmilzt**. In diesem negativen Sog werden natürlich auch die liquiden Mittel immer knapper, so dass eine weitere Verschuldung der Gemeinde **droht**.

Sicherlich haben wir uns in den letzten Jahren aufgrund der guten Steuereinnahmen auch das eine oder andere gegönnt, das will ich hier gar nicht verhehlen. Aber wir haben stets **solide gewirtschaftet** und sind **sparsam** mit unseren Haushaltsmitteln umgegangen.

Ich bin auch bei den Grünen und der SPD, die hier im Ratssaal in vielen Haushaltsreden immer wieder betont haben, dass wir uns als kommunale Familie solidarisch zeigen und den großen Städten in den Ballungszentren helfen müssen. Das ist doch überhaupt keine Frage.

Es ärgert mich aber schon, wenn die rot-grüne Landesregierung hingeht und die Kommunen im ländlichen Raum ausbluten lässt, wie am Beispiel unserer Gemeinde deutlich wird. Wir wurden nämlich einfach reich gerechnet, was zunächst zum Wegfall der Schlüsselzuweisungen führte. Dann hat uns das Land salopp gesagt zur Mitfinanzierung der Kosten des Stärkungspakts für notleidende Städte und Gemeinden „verdonnert“. Die sog. Abundanzumlage hat in unserer Gemeindekasse in den letzten drei Jahren immerhin ein Loch von mehr als einer halben Million Euro

gerissen. Die ständig steigenden Sozialkosten sowie nicht zuletzt das nicht eingehaltene Versprechen der Ministerpräsidentin Frau Hannelore Kraft (Zitat: **„Jede Kommune bekommt im Jahr 2016 pro aufgenommenen Flüchtling 10.000 Euro!“**) verschärfen unsere Finanzsituation, denn uns sind fast 1 Million Euro zu

wenig gezahlt worden, während andere Kommunen, die noch nicht mal die Aufnahmequote erfüllt haben, bevorteilt wurden. Und nicht zuletzt dadurch stehen wir in Everswinkel mit einem Bein in der Haushaltssicherung, denn wir verzehren im Jahr 2016 mehr als 5 Prozent der allgemeinen Rücklage. Reißen wir im kommenden Jahr noch einmal diese Hürde, dann bestimmen andere über unsere Ausgaben und wir sind als Rat entmachtet.

Wenn sich dann noch die rot-grüne Landesregierung für ihre kommunalfreundliche Politik feiert und sinngemäß erklärt: „Wir haben mit dem Stärkungspakt 128 von 138 Gemeinden aus den Nothaushalten geholt!“ macht mich das wütend und treibt mir die Zornesröte ins Gesicht. In der Sendung „Westpol“ im WDR-Fernsehen (wahrlich kein Sender, der CDU und FDP nahe steht) wurde nämlich berichtet, dass in vielen dieser Kommunen Infrastruktur zerstört und Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen, Jugendheime, Turnhallen, Schulen, etc. geschlossen wurden. Gleichzeitig erhöhten die Stadtväter die Steuersätze drastisch. Einzig und allein die **Niedrigzinsphase** hat in den Kommunen positiv gewirkt und zu einer leichten Entspannung geführt. Und zu allem Überfluss entlässt man jetzt die Städte und Gemeinden wieder aus dem Stärkungspakt, obwohl man genau weiß, dass nicht zuletzt durch die Flüchtlingskrise immense Mehrausgaben auf die kommunale Familie zukommen.

Nein meine Damen und Herren, alle Gemeinden in NRW sind chronisch unterfinanziert und brauchen mehr Geld vom Land. Ich finde, NRW braucht keinen Stärkungspakt! NRW braucht eine neue Regierung.

Das Warten und Hoffen auf Mehreinnahmen durch das Land **allein** wird aber **nicht** reichen. Wir sollten vielmehr wirtschaftlich vernünftig handeln, keine neuen Standards einführen oder diese sogar abbauen. Bei den Ausgaben, die wir selbst steuern können, müssen wir uns auf das **Notwendigste** beschränken und den **Erhalt der bestehenden Infrastruktur** in den Vordergrund unseres Handelns stellen.

3. Steuern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in einem Drittel Ihrer Rede sprechen Sie über die Flüchtlingskrise, der inneren Sicherheit, der AfD sowie Pegida, über den Wahlsieg von Donald Trump und stellen sich hinter die Kanzlerin. Was uns Liberalen gefehlt hat, ist eine Vision oder zumindest Vorschläge, welchen Beitrag wir selbst leisten können, damit unsere Gemeindefinanzen wieder gesunden.

Im Klartext, Herr Bürgermeister. **In Ihrer Rede kommt das Wort sparen erst gar nicht vor.**

Die Einnahmesituation der Gemeinde Everswinkel soll wieder einmal einzig und allein durch **Steuererhöhungen** verbessert werden.

Sie Herr Bürgermeister schlagen diesmal zusätzlich vor, auch die Hundebesitzer zum Stopfen von Haushaltslöchern heranzuziehen. So sollen die Steuern für einen Hund um ca. 22 Prozent erhöht werden. Das ist für eine ältere Dame, die mit einer kleinen Rente und mit jährlichen Erhöhungen von so ca. 2 Prozent auskommen muss, eine Menge Geld und ist für die Gemeinde ein Tropfen auf dem heißen Stein, denn es

bringt lediglich Mehreinnahmen von ca. 10.000 Euro im Jahr. Wir Liberalen lehnen daher die Erhöhung der Hundesteuer ab!

Wenn man schon die Hundebesitzer zur Kasse bittet, dann sollte man aus unserer Sicht auch etwas zurückgeben. Beispielsweise könnte man an den Wegen nahe der großen Wohngebiete, wo viele Hundebesitzer unterwegs sind, **Mülleimer** zur Entsorgung der Kotbeutel aufstellen.

Dass die CDU jetzt wieder die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern mitträgt, hat mich ein wenig irritiert, aber nicht gewundert. Und ich will Ihnen auch sagen warum.

Im letzten Jahr hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Dirk Folker hier vorgetragen, dass die Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern uns nicht so viel Geld bringen, wie wir zum Haushaltsausgleich **benötigen**. Diesen Griff in die Tasche aller Bürgerinnen und Bürger wollen wir in diesem Jahr nicht machen. Dann hat der Fraktionsvorsitzende auch das Warum erklärt. Er führte aus, dass das Land alle Kommunen, die sich im Haushaltssicherungskonzept befänden, zwingen würde, die Hebesätze deutlich zu erhöhen. Jährlich würde dann landesweit der durchschnittliche Steuersatz ermittelt und sich erstaunlicherweise ständig erhöhen. Gegen diese Spirale wollte die CDU ein Zeichen setzen und bewusst in diesem Jahr auf eine Anhebung der Hebesätze in Everswinkel verzichten. Meine Damen und Herren, dafür hat die CDU unseren Beifall verdient. Besser hätte ich die Ablehnung der Steuererhöhung gar nicht erklären können. Und ein Jahr später? Da kommt wieder die Rolle rückwärts.

Da fällt mir der Spruch ein: „**Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!**“ Meine Damen und Herren von der CDU, ich weiß nicht, ob das wirklich ausreicht, wenn man nur für ein Jahr ein Zeichen setzt. Ich könnte mir vorstellen, dass der einmalige Ausrutscher der Mehrheitsfraktion in Everswinkel wohl kaum Wirkung erzielt haben dürfte. Das spricht zumindest nicht für das Stehvermögen der Fraktion!

Im Unterschied zu der CDU zeigen wir Liberalen hier vor Ort in der Frage der Steuererhöhungen „klare Kante“.

Wir lehnen auch diese Steuererhöhungen und damit auch den Haushalt 2017 ab.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir als FDP wieder für unseren Mut zur Wahrheit gescholten werden: „**Ein weiter so...!**“ wird es in Everswinkel nicht geben. Wir werden über unsere freiwilligen Leistungen sprechen müssen und darum erwarten wir vom Bürgermeister aber auch von der Mehrheitsfraktion Vorschläge. In diesen Diskussionen sollten wir den Mut haben, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen, weil das Entscheidungen transparent macht. Genauso eine Bürgerbeteiligung wollten wir beim Thema Vitusbad. Eigentlich schade, dass auch die Dame sowie die Herren von SPD und Grünen, die ja bei anderen Themen stets nach Bürgerbeteiligung schreien, diesen Vorschlag zusammen mit der CDU abgelehnt haben.

4. Flüchtlingssituation

Vor einem Jahr hat eine Sondersitzung bzw. Besprechung die andere gejagt, weil Bürgermeister, Verwaltung, Politik und die vielen Ehrenamtlichen dafür Sorge tragen mussten, dass in Everswinkel kein Flüchtling obdachlos wird. Mit großer Kraftanstrengung ist es uns gelungen, dass wir unsere Feierhalle nicht als Notunterkunft benötigten. An dieser Stelle noch einmal unseren Dank an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die sich noch heute darum kümmern, dass sich die schutzsuchenden Menschen in Everswinkel wohlfühlen.

Der große Flüchtlingsstrom ist abgeebbt. Und deshalb bin ich den letzten Wochen häufig gefragt worden: „**Brauchen wir überhaupt noch die Flüchtlingsunterkunft am Pattkamp?**“ Ich habe die Frage immer mit voller Überzeugung mit Ja beantwortet, denn wir werden als Gemeinde auch in Zukunft immer wieder Menschen zugewiesen bekommen, die bei uns Schutz suchen. Wir tun also gut daran, vorsorglich Wohnraum bereitzuhalten. Hinzu kommt, dass die Gemeinde Everswinkel ab sofort aufgrund der verabschiedeten Wohnsitzauflagenverordnung des Landes NRW weitere 22 anerkannte Flüchtlinge zugewiesen bekommt, die bei uns in der Gemeinde integriert werden sollen.

Ich fordere in diesem Zusammenhang das Land NRW auf, die vom Bund zugesagten finanziellen Mittel auch wirklich personenscharf an die aufnehmenden Kommunen weiterzuleiten.

5. Wohnraum

Wenn die deutschen Sprachwissenschaftler in den letzten Jahren ihren Fokus nur auf **Alverskirchen** gerichtet hätten, dann wären sicherlich „**Königskamp**“ und „**Püning 15**“ zum Unwort des Jahres erklärt worden. Man hat das Gefühl, dass einzelne Herrschaften in Alverskirchen mit politischer Unterstützung der SPD und jetzt auch der Grünen, alles dafür tun, dass in dem Golddorf **kein** neues Haus mehr gebaut werden darf. Sicherlich schränkt der Regionalplan die Entwicklung von Alverskirchen ein. Er macht es aber auch nicht unmöglich. Im Königskamp gibt es nur noch drei freie Grundstücke. Damit ist aus unserer Sicht eindrucksvoll bewiesen, dass der Bedarf vorhanden ist. Wir sollten uns daher schnell auf dem Weg machen und **Baurecht** für einen weiteren Bauabschnitt schaffen.

Und lassen Sie mich noch eins hinzufügen. Das Münsterland und insbesondere die Metropole Münster sind eine **Wachstumsregion**, da sind sich alle Experten einig. Wir Liberalen sind der Meinung, dass gerade junge Familien mit Kindern, die ihren Wunsch nach den eigenen Vierwänden verwirklichen wollen, die **Zukunft** eines Ortes sind. Und wenn diese Familien in Everswinkel aber auch in Alverskirchen bauen wollen, dann heißen wir sie **alle** willkommen, auch wenn es keine Poahlbürger sind. Denn nur so können wir als Lokalpolitiker gewährleisten, dass die Einwohnerzahl nicht schrumpft und leisten damit einen Beitrag zum Erhalt unserer Infrastruktur wie beispielsweise Kindergärten, Schulen etc.

Und wie sieht es in Everswinkel aus? Wir haben keinen nennenswerten Leerstand bei Bestandsimmobilien, wir haben Baurecht für Nachverdichtung geschaffen, es sind von privaten Investoren viele barrierefreie Wohnungen sowie Stadtvillen gerade für ältere Mitbürger geschaffen worden und ein privater Investor plant

gerade den Bau von bis zu 40 Wohneinheiten (insbesondere Mietwohnungen) auf dem Gelände „Elberich“. Wir haben also viel auf den Weg gebracht und Bedarfe gedeckt.

Wir unterstützen daher ausdrücklich das Bemühen des Bürgermeisters auch in Everswinkel ein weiteres **Neubauggebiet auszuweisen**. Der Möllenkamp III wurde in rekordverdächtiger Zeit bebaut. Schon jetzt wird man als Ratsmitglied von vielen Bürgerinnen und Bürger gefragt: „**Wo kann ich oder meine Kinder denn zukünftig in Everswinkel ein Baugrundstück erwerben?**“ Wenn man sich das vor Augen führt, ist aus unserer Sicht eine Bedarfsanalyse, wie sie von der SPD jetzt gefordert wurde, überflüssig.

Und den Grünen möchte ich an dieser Stelle in aller Deutlichkeit sagen:

„Den Königskamp wollten Sie eigentlich auch schon nicht. Den Bauabschnitt Möllenkamp III haben sie nicht zugestimmt. Jetzt lehnen Sie mit dem Hinweis auf „Flächenfraß“ die Ausweisung von weiteren Baugrundstücken ab. Damit werden sie aus unserer Sicht zum Bremsklotz für Everswinkel und verhindern eine positive Entwicklung der Gemeinde!“

6. Gewerbegebiete

Auch die Zahl der freien Gewerbegrundstücke ist erfreulicherweise knapp geworden. Daher sollten wir uns als Gemeinde frühzeitig auf den Weg machen und auch Flächen für die Ansiedlung von weiteren Gewerbebetrieben bereitstellen.

7. Windkraft

Wir wissen, dass uns der Regionalplan dazu zwingt, auch in Everswinkel neue **Windkraftvorrangzonen** auszuweisen. Die dafür vorgesehenen Mittel zur Änderung des Flächennutzungsplan könnten aber eingespart werden, denn die rot-grüne Landesregierung betreibt aus unserer Sicht eine falsche Energiepolitik. Denn wenn der Wind weht, leiten wir den überschüssigen Strom an das Ausland weiter, weil

wir ihn nicht speichern können. Bei Windstille kauft man den Strom dann zu horrenden Preisen wieder zurück. **Dieser Umgang mit grüner Energie ist nicht effizient und wird von uns Liberalen nicht mitgetragen.**

8. Abschluss

Wir Liberalen bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Gemeinde für die geleistete Arbeit.

Ich möchte meine Rede mit einem chinesischen Sprichwort beenden:

**Der Pessimist sieht in jeder Chance eine Bedrohung.
Der Optimist in jeder Bedrohung eine Chance.**

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.